

Blick in die Zeitschriften

Autor(en): **Fabian, Walter**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1958)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Zeitschriften

Zur Entlastung der Bundesräte macht Prof. *Fritz Marbach* in der «*Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterzeitung*» Anfang Dezember folgenden Vorschlag:

«Es ist schwer, einzusehen, warum der Departementschef anlässlich der Behandlung spezieller Fachfragen in den Kommissionen und im Plenum des Parlaments nicht durch den zuständigen Abteilungschef stellvertretungs-, respektive ergänzungsweise sollte entlastet werden können. Im Falle des Kartellgesetzes durch den Direktor des BIGA, im Falle des Zolltarifs durch den Direktor der Handelsabteilung, im Falle des Uhrenstatuts durch den Generalsekretär des EVD usw. (Analoges hätte natürlich auch für andere ‚schwere‘ Departemente zu gelten.)

Vergessen wir nie, daß unsere Bundesräte nicht nur über Vorlagen im oben dargelegten, ‚erschlagenden‘ Umfang Bescheid wissen müssen. Ihre Nervenkraft wird neben (zu vielen) Repräsentationspflichten auch durch allgemeine Staatsgeschäfte sowie durch eine Unzahl unumgänglicher Audienzen, die sie Mitarbeitern, Interessevertretern und Parlamentariern zu gewähren haben, in Anspruch genommen. Von den Bundesrats-sitzungen und vielen Nebenpflichten gar nicht zu reden.

Wenn wir nicht anfangen, unsere Magistraten hinsichtlich ihrer Repräsentationspflichten und hinsichtlich ihrer sonstigen Strapazierung zu entlasten, dann töten wir sie. Nicht im Sinne des Strafgesetzbuches, aber immerhin (falls sie nicht von ganz außerordentlicher Konstitution sind) langsam und sicher. Es wäre viel gewonnen, wenn die hier befürwortete Entlastung Wirklichkeit würde, für Land, Volk und für die Bundesräte selber. Denn letzten Endes liegt es in aller Interesse, wenn die Chancen des überlegten, weniger gehetzten Regierens steigen und dafür diejenigen des ‚Infarktens‘ fallen.»

*

Unter dem Motto «*Verhandelt, sonst droht uns Krieg!*» veröffentlicht die Münchener Halbmonatsschrift «*Die Kultur*» (Nr. 120) ein breit angelegtes Interview mit dem Hamburger sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten *Hellmut Kalbitzer*. «Der erste Fels, der auf den Weg zur Wiedervereinigung gerollt wurde», stellt Kalbitzer zunächst fest, «war der Beitritt der Bundesregierung zur NATO. Die Russen haben 1952 mit einer an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriggelassenen Klarheit erklärt, daß der Beitritt der Bundesrepublik zu einem antirussischen Militärbündnis die Wiedervereinigung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebe. Die NATO ist erklärtermaßen ein antirussisches Militärbündnis. Der Gegenzug der Russen war, die DDR dem östlichen Militärblock einzugliedern.»

Was müßte nun geschehen, um auf dem Wege der Wiedervereinigung trotzdem schrittweise vorwärts zu kommen? Kalbitzer sagt: «Die DDR ist ein Faktum. Man kann sich überlegen, ob man die DDR ignorieren will und damit alle Versuche, zur Wiedervereinigung zu kommen, ausschließt, oder ob man die DDR als Tatsache hinnehmen und zu Verhandlungen kommen will... Es gibt eine Zahl von Verhandlungspunkten, die zu klären sind und die das deutsche Schicksal in der jetzigen Situation erleichtern würden... Es gibt unter kommunistischen Regimen Abstufungen, und selbst, wenn der östliche Teil Deutschlands, die DDR, noch kommunistisch ist und auch längere Zeit kommunistisch bleibt, so kann es natürlich eine Besserung der Lage unserer Deutschen dort geben. Dafür muß man eintreten!»

Sehr scharf kritisiert der sozialdemokratische Abgeordnete Adenauers Politik: «Was den antikommunistischen Kampf Adenauers angeht, so kann man dazu sagen: Mit diesem Antikommunismus hat schon Hitler das deutsche Volk gewonnen. Die Adenauersche

Politik bedient sich in diesen Fragen des faschistischen Jargons... Den unglückseligen Kreislauf der deutsch-östlichen Beziehungen zu durchstoßen, ist eine der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung. Ebenso wie wir freundschaftliche Beziehungen zum Westen haben, brauchen wir auch gute Beziehungen zu den östlichen Nachbarn. Wer, wie Adenauer, die Kommunistenfurcht schürt, will die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln nicht!»

Kalbitzer erklärt dann, daß es gar nicht um die Anerkennung der DDR gehe, wohl aber um die Bereitschaft, mit der DDR über die innerdeutschen Beziehungen zu verhandeln. Darum fordere die SPD ein *Amt für innerdeutsche Regelungen*, das vor allem über das Verhältnis der beiden deutschen Armeen zueinander Verhandlungen führen müsse: «Wenn das augenblickliche Wettrüsten zwischen Bundeswehr und Volksarmee der DDR einige Jahre weitergeht, haben wir in Deutschland Verhältnisse wie in China, das heißt wir schreiten direkt auf einen Bürgerkrieg zu, auf eine Selbstzerfleischung. Ein Bürgerkrieg in Deutschland wäre ein viel gefährlicherer Zündstoff in der Weltpolitik als der Krieg um Matsu und Quemoy. Es müßten also Verhandlungen stattfinden, wie dieses innerdeutsche Wettrüsten zu begrenzen ist... Atomrüstung ist für Deutschland nichts als Selbstmord und bedeutet die allergrößte Unsicherheit für uns.» Abschließend sagt Kalbitzer: «Ich glaube, wenn die öffentliche Meinung schneller als die Bundeswehr die Realität begreift, daß es zwei deutsche Staatsteile gibt, dann wird auch die Bundesregierung zum Nachgeben gezwungen sein.»

*

«*Ist die Atombombe kontrollierbar?*» fragt in der katholischen Monatsschrift «*Hochland*» (Dezember) Clemens Münster. In gründlicher Untersuchung aller Auswirkungen der Atombombe kommt der Verfasser zu einer eindeutigen Verneinung dieser Frage und zu dem Schluß, «daß der Christ die Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen ebenso wie die H-Bombe ablehnen muß».

In einem Schlußkapitel seiner umfangreichen Arbeit macht dann Clemens Münster bemerkenswerte Ausführungen zur theologisch-ethischen Seite des Problems: «Ich nehme an, es geht den christlichen Befürwortern der europäischen atomaren Rüstung auch um das Heil der Seelen und nicht nur um Güter minderen Ranges, wie Lebensstandard oder jene Freiheit, deren man beraubt werden kann. Soweit es um die Seelen geht: Tote bekehren sich nicht, weder auf unserer noch auf der anderen Seite. Kann man mit Gewalt bekehren? Die bittere Lehre der Kirchengeschichte verneint es. Wer an der Möglichkeit verzweifelt, jemals den anderen für das Christentum zu gewinnen, macht ihn zum absoluten Feind, ja, er erklärt ihn für das Böse selbst. Das wären zwei entsetzliche Irrtümer auf einmal.»

Weiter sagt Münster: «Es ist uns nicht verwehrt, für unsere Sache zu kämpfen. Aber wir dürfen uns vom möglichen Leiden nicht durch die Schuld loskaufen. Wenn das Tun fragwürdig ist, müssen wir uns des Tuns enthalten. Das Abendland kann nicht durch Waffen gerettet werden, deren Anwendung unsere Tradition desavouiert. Das Christentum darf nicht durch Mittel verteidigt werden, die es in seinem Kern, dem Liebesgebot, aufheben. Das kann schwere Opfer, es kann für die geistig führende Schicht den Untergang bedeuten. Christen müssen für das Leiden, sogar für den Tod bereit sein, wenn es keinen anderen Weg gibt, die anvertrauten Güter zu retten... Vielleicht können wir das uns Anvertraute nur retten, indem wir darauf verzichten, es mit allen Mitteln zu verteidigen.»

*

«*Gibt es einen menschlichen Kapitalismus?*» fragt Josef Hindels in der österreichischen sozialistischen Monatsschrift «*Die Zukunft*» (Nr. 11). In einer ausgedehnten soziologischen Untersuchung der spätkapitalistischen Entwicklungsphase kommt der Verfasser zu der

These: «Kapitalismus ist und bleibt Unmenschlichkeit.» Er belegt diese Behauptung unter anderem am Beispiel der algerischen Tragödie, der reaktionären Rolle des Kapitalismus in Asien und Afrika sowie an Hand der in vielen europäischen Ländern nachweisbaren autoritären Tendenzen im Spätkapitalismus.

Das Problem der Integration des Verkehrs in Verbindung mit dem Gemeinsamen Markt untersucht *Dr. Karl Kühne* (Stuttgart) in einer sehr gründlichen, reich dokumentierten Abhandlung im «*Wirtschaftsdienst*» (Heft 11, des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs.

*

Die Zeitschrift «*Neue Deutsche Hefte*» (Nr. 52 – Verlag Bertelsmann, Gütersloh) veröffentlicht eine außerordentlich interessante Arbeit: «*Aus Bertold Brechts späten Jahren*», für die dem Verfasser *Wolfgang Paul* eine Reihe bisher unbekannter Gedichte und Äußerungen von Brecht zur Verfügung steht, die wesentliche Punkte seines Verhaltens in Ostberlin in einem neuen Licht erscheinen lassen. Der Verfasser will nicht Brecht «für diese oder jene Front in Deutschland gewinnen», wohl aber die letzten Lebensjahre Brechts so wahrheitsgetreu wie möglich schildern: «Brecht war nie bequem. Auch jetzt, nach seinem Tode, sollte er es für niemanden werden.» In Brechts Nachlaß warte die Wahrheit auf die Veröffentlichung; als ein Beispiel aus diesem Nachlaß sei hier ein Gedicht zitiert, das Brecht 1953 schrieb:

Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?

Walter Fabian